In memoriam
Dr. Konrad Maier

(28. Dezember 1958 – 2. Juni 2013)

© Karsten Brüggemann 2008

Konrad Maier war nicht nur ein hervorragender Kollege und unverzichtbarer Mitarbeiter der Redaktion, er war auch ein Freund. Auch wenn der persönliche Verlust an dieser Stelle nicht in Worte zu fassen ist: Sein vollkommen unerwarteter Tod vor bald einem Jahr hat daran nichts ändern können, dass auch diese Ausgabe der „Forschungen zur baltischen Geschichte" von seinem guten Rat profitiert hat. Und sei es nur, dass Konrad, wenn auch heute nur in Gedanken, für jedes Problem eine Lösung parat hat.

Wir sind uns dessen bewusst, dass wir mit dem Abdruck eines Vortrages, den er zwei Monate vor seinem Tod gehalten hat, seinen eigenen Ansprüchen an Veröffentlichungen unter seinem Namen womöglich nicht gerecht werden. Wenn wir es dennoch tun, dann vor allem deswegen, weil dieser Text auch in seiner Rohform viele Anregungen für die Historisierung der jüngsten estnischen Vergangenheit bereithält, die bislang vor allem Politologen vorbehalten war.

Die Redaktion

Die estnische Grüne Partei: Zwischen ökologischer Notwendigkeit und nationaler Identität

von Konrad Maier (†)

Mit dem Ende der 1980er Jahre endete eine geschichtliche Epoche, die man heute als das „kurze 20. Jahrhundert" bezeichnet – mit dem Untergang des kommunistischen Systems, das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen großen Teil des europäischen Kontinents dominiert hatte. Spätestens mit dem Scheitern des Moskauer Putsches vom August 1991 war das Ende des Sowjetimperiums erreicht, gleichzeitig aber ein Neuanfang gestartet, der gerade in Ost-, Ostmittel-, Südost- und Nordosteuropa zu einer vielfältigen Welt von Nationalstaaten führte, die auch heute noch das Bild von Europa maßgeblich prägen. Und diese Staaten orientierten sich aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrungen mit Diktatur und Einparteiensystem an politischen Modellen, die aus dem demokratischen Teil Europas bzw. Amerikas übernommen werden konnten, ohne jedoch die eigene Geschichte, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts von parlamentarischer Demokratie geprägt gewesen war, zu vernachlässigen. Gerade im Baltikum, im Nordosten des europäischen Kontinents, ließ sich eine Entwicklung beobachten, die singulär für politischen Umbruch, für Systemveränderung schien und in Litauen, Lettland und Estland mit dem Begriff „Singende Revolution" verknüpft ist. Innerhalb weniger Jahre gelang es den Protagonisten dieser „Revolution", nicht nur das alte politische System von Grund auf zu verändern, sondern auch den Versuch zu

Dieser Text stellt die Grundlage eines Vortrags dar, den Konrad Maier am 6.4.2013 unter dem Titel „The Estonian Green Party. Between ecological necessity and national identity" auf der Jahreskonferenz der International Studies Association (ISA) in San Francisco gehalten hat. Der Abdruck erfolgt mit wenigen geringfügigen Änderungen und ohne nachträglich eingefügten Anmerkungsapparat (mit der Ausnahme von wörtlichen Zitaten, die sich schnell nachweisen ließen). Der Vortragscharakter bleibt somit gewahrt. Handschriftliche Einschübe auf dem Manuskript sind *kursiv* gekennzeichnet, manche englischen Ausdrücke sind ins Deutsche übersetzt. Auslassungen sind mit (…) markiert – hier fehlen Teile des deutschsprachigen Manuskripts, die auch mit dem (kürzeren) englischsprachigen Vortragsmanuskript nicht rekonstruiert werden konnten. – Unser herzlicher Dank für die Hilfe bei dieser posthumen Veröffentlichung geht an Andrea Oppelt (Südergellersen) und Dr. Anja Wilhelmi (Lüneburg).

starten, demokratische Systeme zu entwickeln, in denen gerade die Existenz unterschiedlicher Parteien ein Garant zu sein schien für die Entwicklung freier Staaten und Nationen.

Allen voran kann Estland als der Vorreiter einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Baltikum bezeichnet werden – und das nicht erst seit 1989 oder 1991. Schon während der Epoche von *glasnost'* und *perestrojka* (Michail Gorbačev) formulierte die Bevölkerung auf unterschiedlichsten Foren ihren Wunsch nach Demokratie, Freiheit und Souveränität. Und gerade hier waren es neu gegründete Parteien, die ein Diskussions- und Entscheidungsforum bildeten für neue Entwicklungen im wieder unabhängigen Staat. Neben den Versuchen, die kommunistische Partei Estlands zu reformieren, fanden sich viele Personen in Gruppierungen zusammen, die nicht ausschließlich parteipolitische Ziele kannten, sondern ganz andere weltanschauliche Überzeugungen formulieren, die sich zuerst seit 1985 in der Öffentlichkeit Bahn brachen: Fragen der eigenen Sprache, Fragen der nationalen Geschichte, der nationalen Identität, Fragen der Umwelt und natürlicher Ressourcen.

Wenige Jahrzehnte zuvor war es bereits im west- und mitteleuropäischen Raum zur Gründung von Parteien gekommen, die sich mit Themen der Umweltzerstörung bzw. -rettung beschäftigten, allen voran in der Bundesrepublik Deutschland die Grünen. Diese waren zunächst von der politischen Klasse verspottet, als Spinner und Träumer bezeichnet worden, doch war es ihnen immerhin in wenigen Jahren gelungen, das Bewusstsein der Bevölkerung für ihre Themen zu wecken und langsam dies auch in parlamentarische Präsenz umzusetzen. Dass diese Themen heute in der europäischen Parteienlandschaft quer durch alle Lager diskutiert und in Entscheidungsformen umgesetzt werden, ist nicht zuletzt ein Verdienst dieser damals noch als Randgruppe diffamierten politischen Richtung, die jetzt nicht mehr aus der Parteilandschaft wegzudenken ist.

Lässt sich diese gesellschaftliche und politische Notwendigkeit auch in den Transformationsstaaten Osteuropas nach 1989, genauer gesagt im Estland am Ausgang des 20. Jahrhunderts beschreiben, oder finden sich hier andere, wesentliche Gründe für den Aufstieg einer Partei, deren Name noch bis vor wenigen Jahren im Baltikum nur ein ungläubiges Lächeln erntete, wenn man sie in der Öffentlichkeit erwähnte. Welche Gründe lassen sich anführen für den Erfolg dieser Partei – aber auch für den Misserfolg und das Scheitern einer Bewegung, die gegenwärtig im estnischen Parteienspektrum keine Rolle mehr spielt. War der kometenhafte Aufstieg nur dem Systemwechsel nach 1989 geschuldet? War der Untergang der Partei Ausdruck individueller Machtbesessenheit? Und war der erneute Erfolg ein Reflex auf die Tagespolitik der Zeit? Und ist heute die Partei ein Opfer immer virulenter werdender Nationalismusdebatten im estnischen Staat, im gesamten Baltikum?

Im Folgenden möchte ich versuchen, darauf einige Antworten zu liefern, die ganz bewusst auch die Spezifika baltischer historischer Entwicklung berücksichtigen und erklären können, welche politischen Themen in dieser Transformationsregion des 21. Jahrhunderts erfolgreich in Wahlerfolge und Parteientwicklung umgesetzt werden.

2007 gewann die neue Grüne Partei 7,1% der Stimmen und errang 6 Sitze im *Riigikogu*, dem estnischen Parlament. Gerade drei Monate vorher, am 25. November 2006, hatte sie sich registrieren lassen, aber ihre Geschichte geht zurück auf die späten 1980er Jahre, als die Ökologiebewegung eine bedeutende Rolle bei der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands spielte im so genannten Phosphorit-Krieg. Die damalige Bewegung ging an die Grenzen dessen, was Gorbačevs Sowjetunion zu tolerieren bereit war, doch verlor sie ihren Einfluss, kaum dass Estland unabhängig geworden war, und verschwand von der politischen Szenerie.

Es geht darum, die Partei in den Jahren ihrer Bildung zu untersuchen, aber auch die historischen und ideologischen Gründe zu analysieren. War die Estnische Grüne Partei ein Teil der „Neuen Linken" Europas oder teilte sie nur den Namen mit dieser Bewegung? War/ist die Partei zu verorten im Links/Rechts-Schema der politischen Landschaft, ist sie eher postmodern oder nicht vielmehr ultra-modernistisch. *Das System kann man als* Cartel Party System *bezeichnen, dominiert von einer relativ kleinen Gruppe*. Im Rahmen grundlegender Systemwechsel entstehen häufig Parteien nach zwei alternierenden Mustern. Dies traf auch auf Gründungen von Grünen Parteien zu, da zum Zeitpunkt des Wandels sozialer Strukturen und sozialer Werte strukturelle Konflikte beantwortet werden müssen, Konflikte zwischen materialistischen und post-materialistischen Werten. Neue Parteien können sich nur dann durchsetzen, wenn das Parteisystem ihnen nicht feindlich gesinnt ist (durch das Wahlsystem, 5%-Hürde, Mitgliederzahlen, Parteifinanzierung). Das war zumindest am Ende der 1980er Jahre in Estland möglich. Zwei Arten von Parteien dominieren:

– *Challenger party:* Propheten mit neuer Ideologie, die erfolgreich sind, wenn die alten Parteien in ihrer Ideologie verharren und sich nicht für neue Entwicklungen öffnen. Hier können populistische Parteien erfolgreich sein, aber auch Parteien, die sich gegen bestimmte Zeichen der Zeit (Korruption, Kriminalität, Ausländer) wenden. So kann sich auch eine Anti-Establishment-Partei als progressive Kraft erweisen. Protestwähler sind ausschlaggebend für den Erfolg der Partei, die in der Regel programmatisch eher vage aufgestellt ist.

– *Entrepreneurial party:* Ziele werden nicht bis zur letzten Konsequenz formuliert, um mögliche Wähler nicht zu verschrecken, z.B. Energiewende ohne Kostenangabe, Ökologiepolitik ohne Arbeitsplatzverluste. Einige dieser Parteien dienen fast ausschließlich dem Profit der Führer (z.B. Berlusconi) bzw. den privaten Zielen einzel-

ner. Parteipolitik wird für ihre Wähler erfolgreich, wenn etwas direkt für sie dabei herausspringt: Wahlgeschenke, Vergünstigungen.

Die E[stnischen] G[rünen] lassen sich nicht einfach klassifizieren. Das Parteimanifest und die Führer betonen den Umweltaspekt, der in der estnischen Politik immer ausgeblendet wurde. Die Grünen betonen die Notwendigkeit des *engaged citizen* und die Tätigkeit von NGOs in politischen Entscheidungsprozessen, d.h. vertreten postmoderne Werte. Ihre Wähler sind jünger, gebildeter und sozial aktiver als der Durchschnitt. Hierbei scheinen sie den westeuropäischen Grünen zu ähneln. Aber die Partei und ihre Unterstützer sind eher rechtskonservativ, in starkem Kontrast zu den mitte-links-ausgerichteten europäischen Grünen.

Das Parteimanifest ist sozial konservativ, verkündet technologische Innovationen als Allheilmittel gegen Umweltzerstörung in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Es gibt kaum klare Aussagen zu umweltspezifischen Themen unter den Parteimitgliedern. Man versucht Umweltaktivisten und postmoderne Wähler zu mobilisieren, mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund, und baut auf die Attraktivität der Partei und die Desillusionierung durch das alte Parteisystem. Die Symbiose zwischen politischen und wirtschaftlichen Unternehmern wird deutlich, da die Wahlkampagne der Partei 2007 von Leuten gesponsort wurde, die im erneuerbaren Energiesektor tätig waren.

Der Erfolg der Grünen zwischen 1987 und 2011 ist wie eine Achterbahnfahrt parteipolitischer Entwicklung. Worauf gründet sich der anfängliche Erfolg? Warum der Absturz in den 1990er Jahren? Was war relevant für den Triumph von 2007? Die Entwicklung dieser gut zwanzig Jahre lässt sich in vier Phasen unterteilen

1) 1987–1992: Aufstieg der Ökologiebewegung und Umwandlung in eine Grüne Partei im ersten unabhängigen Parlament
2) 1992–2004: Absturz der Grünen Partei bis zur Auflösung
3) 2004–2011: Wiedergeburt der Grünen und Rückkehr ins Parlament
4) Seit 2011: Erneuter Untergang

* * *

1) *1987–1992*: Das Auftauchen grüner Politik in Estland lässt sich mit dem Jahr 1987 festmachen, als die sowjetische Zentralregierung beschloss, großräumig den Phosphatabbau in Nordostestland durchzuführen. Dies verursachte eine überaus weitgefächerte Reaktion der Bevölkerung (…).

Estland hat keine berühmten Persönlichkeiten wie Aleksandr Solženizyn oder Andrej Sacharov, Adam Michnik oder Vaclav Havel aufzuweisen. Doch eine kleine Gruppe von Dissidenten widmete sich seit 1968 der Information über den Molotov-Ribbentrop-Pakt und versandte Aufrufe und Appelle an verschiedene internationale Organisationen. Selbst ein im Untergrund arbeitendes Magazin wurde gedruckt. Schriften estnischer

Emigranten wurden über den *samizdat* verteilt, doch blieb den Texten ein größeres Auditorium versagt, wegen der Sprachbarriere und wegen mangelnden Interesses in der Bevölkerung.

Das Jahr 1980, das Tallinn die Olympiade brachte, zeitigte Veränderungen, v.a. was den Status der estnischen Sprache anging. Die Schulcurricula sahen vor, das Russische auf breiter Basis in den Schulen einzuführen (Geheimdokument vom Dezember 1978). Dies führte zu Demonstrationen von Schülern in Tallinn, die brutal unterdrückt wurden. Ein Protestschreiben mit einer Stellungnahme zur nationalen Frage sowie der Sorge um den Fortbestand der estnischen Sprache und des estnischen Volkes wurde als so genannter „Brief der Vierzig" bekannt, an dem vor allem linksgerichtete Intellektuelle sich beteiligten (u.a. Jaan Kaplinski, Marju Lauristin, Paul-Erik Rummo, Mati Hint, Rein Ruutsoo). Erstmals wurden die Inhalte des Briefes landesweit bekannt und führten zu einer Solidarisierungswelle in Estland. Einzelne Intellektuelle mussten jedoch mit Berufsverbot und Inhaftierung rechnen.

Um die wirtschaftliche Stagnation der Sowjetunion während der Brežnev-Ära zu beenden, wurden in Moskau gigantische Planungen betrieben. Die Phosphoritvorkommen (Düngemittel für die Landwirtschaft) der Sowjetrepublik Estland liegen in ca. 80–100 m Tiefe, wurden auf ca. 6 Mrd. Tonnen geschätzt und sollten innerhalb von vierzig Jahren bei Toolse und Rakvere im Tagebau bzw. unter Tage abgebaut werden. Zwar hätte sich dieser Abbau für Moskau gelohnt, doch bedeutete es enorme wirtschaftliche Verluste für die Region sowie unübersehbare ökologische Folgen. Einem Drittel des estnischen Territoriums drohte der Abstieg zur Industriewüste. Der Phosphoritabbau hätte die gesamte Wasserversorgung in Virumaa in Frage gestellt, da das Hochland von Pandivere hätte trockengelegt werden müssen. In einer Entfernung von ca. 150 km würden alle Brunnen austrocknen, Wasser müsste aus dem bereits stark verschmutzten Peipussee herangeführt werden. Nach Probebohrungen Mitte der 1980er Jahre waren bereits viele Gehöfte in Virumaa ohne Wasser. Durch die Grubenabwässer, die aus Kostengründen direkt in die Flüsse gepumpt werden sollten, würden die Flüsse und Seen der Region verschmutzt und somit eine Gefahr für die gesamte Ostsee bilden.

Erschwert wurden die Planungen dadurch, dass über den Phosphoriten bei Rakvere Ölschiefer liegt, für den keine Verwendung vorgesehen war. Er sollte zur Grubenauffüllung dienen oder auf Halde lagern. Bei Toolse gab es Schwarzschiefer, der gefährliche Mengen an radioaktiven Schwermetallen enthält und sich selbst entzündet, sobald er mit Luft in Berührung kommt. An der Küste würden sich schwelende Abraumhalden bilden, deren Schwefel- und Kohlenstoffemissionen die Luft verpesten würden. Schwermetalle wie Uran, Titan, Cadmium, Molybdän und Vanadium würden in die umliegenden Gewässer geschwemmt und in die

Ostsee gelangen. Eine sichere Lagerung des Schwarzschiefers sah das Sowjetministerium nicht vor.

Den Raubbau an der Natur konnten die Esten am Beispiel des Ölschieferreviers von Kohtla-Järve beobachten, das einer Mondlandschaft glich und ein ökologisches Notstandsgebiet war, in dem die Krankheitsrate 30mal über dem sowjetischen Durchschnitt lag.

Im Oktober 1986 protestieren estnische Intellektuelle, v.a. Schriftsteller; die estnischen Medien schließen sich an, drei Viertel der Bevölkerung von Rakvere sprechen sich gegen das Projekt aus, auch im Bewusstsein der staatlichen Vertuschungspolitik seit April 1986, als der Reaktor von Čornobyl' in einem Supergau explodiert war. Tausende von Unterschriften werden gesammelt, während die Akademie der Wissenschaften das Projekt (noch) befürwortet. Nach der Aula-Versammlung in der Universität Tartu vom April 1987, bei der Protestlieder gegen die Zerstörung Virumaas und des estnischen Nordostens gesungen werden, werden bei den Mai-Feierlichkeiten Plakate enthüllt, die verkünden: „Aus Phosphoriten kann man kein Brot machen" und „Phosphorite, nein danke". Die sowjetischen Behörden stellen sich taub, obwohl im Land selbst der Protest sich bei Rockfestivals, Chorabenden und Solistenkonzerten Bahn bricht. Endel Lippmaa, international bekannter Physiker, spricht vom „größten Verbrechen dieses Jahrhunderts". Nachdem bekannt wird, dass ab 1990 mit dem Abbau der Phosphorite begonnen werden soll, zwingt der Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit das zuständige Republikministerium, das estnische Plankomitee und selbst den Ministerrat in Tallinn, in Moskau auf den Verzicht dieses gigantischen Projekts zu drängen. Es werden Aussagen über die Willkür der Zentralministerien und über die Gefahr für das nationale Überleben laut, so dass Moskau zum Einlenken bereit ist: Das Projekt wird zur weiteren Überprüfung zurückgestellt.

Dieser erste Erfolg schuf in Estland einen Solidarisierungseffekt, und die Ökologiediskussion wurde schnell abgelöst von der Frage nach dem Schutz der estnischen nationalen Kultur, die in ihrer Existenz gefährdet schien, und nach den „weißen Flecken" in der Geschichte Estlands. *In weiteren Verlauf der Singenden Revolution kaum noch ökologische Themen! Estn. Natur ist nicht identitätsbestimmend für Dissidenten, auch nicht für Bevölkerung!*

Bereits am 15. August 1987 wurde von ehemaligen politischen Gefangenen die Estnische Gruppe für die Veröffentlichung des Molotov-Ribbentrop-Paktes (MRP-AEG – *Molotov-Ribbentropi Pakti Avalikustamise Eesti Grupp*) gegründet. Vertreter des US-Kongresses hatten auf Initiative der Gruppe hin die Genehmigung von Protestkundgebungen zum 48. Jahrestag des Paktes am 23. August erbeten. Auf sowjetischer Seite gab man dem Drängen nach, so dass sich zu Füßen des Tallinner Dombergs, im Hirvepark, eine Menschenmenge versammeln konnte, um an das bislang vehement geleugnete Geheimprotokoll der beiden Diktaturen zu erinnern. Unter den Augen der massiv vertretenen sowjetestnischen Miliz verlief die

Versammlung ohne Konflikte. Die Estnische KP sowie die Presse verurteilten diese Versammlung aufs schärfste, einer der Führer der Gruppe (Tiit Madisson) wurde zur Emigration gezwungen.

Nur einen Monat später, am 26. September 1987, wurde im KP-Organ in Tartu, in der Tageszeitung „Edasi" (Vorwärts), von führenden Vertretern der Parteiintelligenz (allen voran Edgar Savisaar und Siim Kallas – Personen, die uns auch heute noch bekannt sein dürften: Savisaar ist Oberbürgermeister Tallinns, Kallas, damals Leiter des estnischen Gewerkschaftsbundes, ist heute EU-Kommissar für Verkehr und Vizepräsident der EU-Kommission) ein Konzept veröffentlicht, das die wirtschaftliche Selbstverwaltung Estlands, unabhängig von der Sowjetunion und mit Elementen der westlichen Marktwirtschaft ausgestattet, vorsah. (…)

[Bei Fortsetzung der sowjetischen Politik wurde] irreparabler Schaden an der Umwelt (…) befürchtet, wobei diese Politik sehr schnell – auch von den Grünen – als ethnische Diskriminierungspolitik empfunden und diskreditiert wurde (gegen die estnische Bevölkerung, Ausbeutung zum Nutzen des russisch-sowjetischen Staates). Das Sowjetmodell industrieller Entwicklung nahm keine Rücksicht auf Umwelt und basierte auf dem Zustrom von Arbeitskraft aus Russland (Einwanderung, Russifizierung). Arbeiter wurden angeworben, nach Estland zu ziehen (Versprechen auf Wohnraum, auf bessere Einkünfte, was der lokalen Bevölkerung zumeist nicht möglich war). Niemand war gezwungen, die lokale Sprache zu lernen, und so verringerte sich der Status der estnischen Sprache, während das Russische immer stärker im öffentlichen Raum dominierte. Somit war die logische Verbindung zwischen einer Politik, die die estnische Umwelt zerstörte, und einer, die die estnische nationale Identität bedrohte, sehr einfach zu ziehen.

Die Estnische Grüne Bewegung (*Eesti Roheline Liikumine*) wurde im April 1988 gegründet. Die Hauptaktionen betrafen zunächst Kampagnen, um die Umwelt von den Zerstörungen zu befreien, die die Sowjetarmee hinterlassen hatte (z.B. die Entfernung von Stacheldraht an der Küste), friedliche Demonstrationen gegen die Besatzungsmacht und Radtouren in Gebiete mit Umweltzerstörungen (diese Tradition gibt es bis heute: 2013 fand die 24. Expedition statt). Internationale Aufmerksamkeit erhielten die Grünen, als sie am 25. August 1988 eine Deklaration verabschiedeten, in der sie den Rücktritt von Bruno Saul von seinem Posten als Vorsitzender des Ministerrats der ESSR innerhalb von 60 Tagen forderten. Saul trat zurück, doch ist nicht klar, ob er dies wegen der Proteste der Grünen tat.

Erste Spannungen innerhalb der Partei wurden deutlich, da sich die Bewegung schnell in zwei Richtungen spaltete: *Eesti Roheline Partei* (ERP: seit Oktober 1989 Mitglied der Europäischen Grünen) seit August 1989 und *Eesti Roheline Erakond* (ERE) im Oktober 1990. Im Dezember 1991 verschmolzen beide Richtungen wieder und bildeten die Estnischen Grünen (*Erakond Eesti Rohelised,* EER). 1992 bildete sich eine Wahlkoalition bei den Wahlen zum Parlament: Estnische Grüne Bewegung (*Eesti Roheline*

Liikumine), Estnische Grüne (*Eesti Rohelised*), *European Youth Forest Action in Estonia* (*Euroopa Noorte Metsaaktsioon Eestis*), Grünes Regiment (*Roheline Rügement*) und die Vereinigung Grünes Maardu (*Roheline Maardu*). Diese Koalition erhielt 2,62% der Stimmen, scheiterte also an der 5%-Hürde. Ein Direktmandat wurde erreicht wegen der Popularität von Rein Järlik, der 9% der Stimmen in seinem Wahlbezirk erhielt.

Die einzelnen Spitzenkandidaten der Partei haben einen verschlungenen Weg [hinter sich]: Jüri Liim, später bei den Royalisten, der Waldpartei, einer Koalition von Rechten und Moderaten, der Union der Tallinner Stadtbewohner, bei der Volksunion und schließlich bei Pro Patria Union (*Isamaaliit*), wo er berüchtigt wurde wegen seiner Drohungen, den Bronzesoldaten in Tallinn in die Luft zu sprengen. Jüri Martin, Nachfolger von Liim als Parteivorsitzender 1995, war die treibende Kraft beim Zusammenschluss mit der Zentrumspartei. Rein Järlik schloss sich vor Ende der Wahlperiode der Koalitionspartei an, war Präsident des Clubs 20. August (Mitglieder des Obersten Sowjets Estlands, die die Unabhängigkeitserklärung von 1991 unterschrieben hatten). Einar Laigna, katholischer Priester und Militäroffizier, radikaler Theologe, stand 2007 bei den Wahlen auf der Liste der Volksunion. Mart Helme stand 1992 an sechster Stelle auf der Wahlliste. 1995–1999 war er estnischer Botschafter in Moskau, 2004 wurde er aus der Volksunion ausgeschlossen, nachdem er mit der Parteiführung über die Entfernung eines Kriegsdenkmals in Lihula gestritten hatte. Valdur Lahtvee (Nr. 5 der Wahlliste von 1992) und Maret Merisaar (Nr. 12) waren die einzigen, die auch 2007 für die Grünen kandidierten und in das Parlament einzogen.

Dies zeigt deutlich die Heterogenität der ersten Generation grüner Aktivisten. Somit ist die Partei ähnlich den meisten anderen antikommunistischen Bewegungen in Osteuropa. Nachdem die ersten Ziele erreicht waren (im Fall der estnischen Grünen das Erreichen der nationalen Unabhängigkeit und ein Ende der umweltzerstörerischen Sowjetpolitik sowie die Schließung vieler Umwelt verschmutzender Fabriken), zerbrach die Partei in einzelne Fraktionen. Einige blieben der Partei erhalten und bildeten den inneren Kern der reinkarnierten Grünen Partei 2006, viele wurden von anderen Parteien absorbiert. Diese Wanderungen sind das Resultat des Umstands, dass es *political entrepreneurs* schwerfällt zusammenzubleiben, weil sie wenige Gemeinsamkeiten haben. Manche gingen zu nationalkonservativen, andere zu mitte-links Parteien und wieder andere zur russenfreundlichen Zentrumspartei.

* * *

2) *1992–2004*. Die Bedeutung der estnischen Grünen in der nationalen Politik war verschwunden. 1995 bildete der *eher linke Flügel* eine Wahlkoalition mit den Royalisten *(Fourth Power)*, die ähnliche Probleme hatten,

bei den Wahlen 1992 aber immerhin 7,1%, d.h. 8 Sitze erreicht hatten. (Obwohl ihr Ziel die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie war, waren sie eher eine Protestpartei als eine Witzpartei). Diese Koalition wurde nur noch von 0,8% der Wähler unterstützt, die Grünen verloren den nationalistischen Flügel, gefühlt von Jüri Liim. Vor der Parlamentswahl 1999 verschmolz die Restpartei mit der Zentrumspartei und verlor weitere Mitglieder. Dieser formale Zusammenschluss war notwendig geworden, weil 1998 aufgrund einer Wahlrechtsreform Wahlkoalitionen verboten wurden und nur registrierte politische Parteien Kandidatenlisten aufstellen durften (eine Partei konnte sich registrieren lassen bei mehr als 1 000 Mitgliedern – für die Grünen allein eine zu hohe Hürde). Irgendwie blieb die Grüne Partei bestehen, ohne als registrierte Partei eingetragen zu sein. Sie war Mitglied der Europäischen Grünen, denen sie sich im Oktober 1989 angeschlossen hatte, und blieb auch in diesen zwanzig Jahren als Bewegung aktiv. Einige grüne Politiker glaubten, mehr durch Tätigkeit in NGOs erreichen zu können, da dies mehr Aktionsfreiheit bedeutete und weniger Kompromissnotwendigkeit, wie von den Parlamentsparteien immer wieder eingefordert.

* * *

3) *2004–2011*: Am Ende des Jahrtausends erlebten die estnische Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und auch die internationale Lage bedeutende Veränderungen. Das Land vollzog den Bruch von Ost nach West und wurde 2004 Mitglied von NATO und EU. Wirtschaftlich profilierte sich Estland als Pionier von Marktreformen innerhalb der postkommunistischen Staaten und wies beeindruckendes wirtschaftliches Wachstum auf: Zwischen 1999 und 2007 wuchs das GDP Estlands jährlich durchschnittlich um 8%. Diese boomende Wirtschaft schuf eine beachtliche neue Mittelklasse, die weniger Sorgen hatte, das tägliche Brot zu verdienen, und unter kapitalistischen *Free-market*-Bedingungen aufgewachsen war.

Umweltthemen fanden sich *erneut* in den Schlagzeilen der Zeitungen und auf der politischen Agenda. 2006 war der Golf von Finnland von drei größeren ökologischen Katastrophen betroffen: Im Januar erreichte ein Ölfeld von einem nicht identifizierten Schiff die Nordwestküste Estlands. Tausende von Vögeln waren betroffen, Freiwillige in großer Zahl halfen, die Küsten zu säubern und diejenigen Vögel zu retten, die Überlebenschancen hatten. Zwei Monate später sank ein Aluminiumfrachter nahe der kleinen Insel Vaindloo. Große Ölmengen drohten in die Ostsee zu strömen. Im Herbst lief der berüchtigte Tanker „Probo Koala", der Giftmüll in einigen westafrikanischen Staaten gelassen hatte, den Hafen von Paldiski. Greenpeace-Aktionen und Pressemitteilungen der Grünen Partei erreichten die Schlagzeilen, wodurch die Umwelt ein weiteres Mal auf die politische Agenda gelangte. Der Anstieg von Energiekosten,

Angst vor Ressourcenrückgang und die Offensichtlichkeit, mit der Russland seine Öl- und Gasreserven benutzte, um politischen Druck in den Staaten der früheren Sowjetunion auszuüben, wurden zu einer politischen Diskussionsgrundlage. Es war keine Überraschung, dass in vielen Ländern über die Diversifizierung der Energieversorgung debattiert wurde. In Estland folgte eine Diskussion über Nuklearenergie. Ein politisches Erdbeben ereignete sich, als bekannt wurde, dass die drei Ministerpräsidenten der baltischen Staaten eine Erklärung unterzeichnet hatten, gemeinsam ein Atomkraftwerk in Litauen zu finanzieren (nach der Schließung von Ignalina 2009). Kontroverse Diskussionen in den estnischen Medien folgten, da solche Pläne in der Langzeitstrategie nicht vorgesehen gewesen waren. Die Grüne Bewegung nutzte konsequent die Erinnerungen an die Černobyl'-Katastrophe, um dagegen Stimmung zu machen. Nach dem Wiedereinzug ins Parlament gelang es den Grünen im Juli 2007 sogar, eine außerordentliche Sitzung des Parlaments zu initiieren, nachdem Premier Andrus Ansip ein Memorandum zur Atomkraft mit seinen baltischen Kollegen unterzeichnet hatte.

Die Zukunft der Ölschieferindustrie wurde Thema der politischen Debatte. Estland hatte seinen Energiebedarf mit Hilfe der mit Ölschiefer betriebenen Kraftwerke im Nordosten des Landes gedeckt. Hierdurch entstehen jedoch substantielle CO_2 Emissionen, und Ölschiefer wird seine Wettbewerbsfähigkeit verlieren, wenn der Strommarkt nach EU-Recht geöffnet wird. Ein weiteres Thema war der Plan, eine Gaspipeline (*Northstream*) zwischen Russland und Deutschland (Putin-Schröder) zu bauen und damit die baltischen Staaten als Transitland für russisches Öl und Gas zu umgehen, gleichzeitig aber möglicherweise Umweltschäden für die Ostsee zu kreieren. Sicherheitsinteressen überschnitten sich hier mit Umweltinteressen, und die Gefahr der 1980er Jahre schien wieder auf der Tagesordnung zu stehen: der östliche Nachbar als Gefahr für die nationale Unabhängigkeit und die nationale Umwelt. Durch all diese Themen waren die Grünen plötzlich wieder in aller Munde – kurz vor der Parlamentswahl.

Doch es gab auch erhebliche Hindernisse. Zur Registrierung musste die Partei mindestens 1 000 registrierte Mitglieder nachweisen (um hier keiner Gefahr zu begegnen, versuchen Parteien immer viel mehr Mitglieder zu requirieren). Die Kosten, Mitglieder zu mobilisieren, aber auch die Kampagne zu finanzieren, waren sprunghaft gewachsen: von 1995 bis 2007 haben sie sich etwa verzehnfacht. Für im Parlament vertretene Parteien war das kein so großes Problem, da sie diese Kosten durch die direkte Parteienfinanzierung aus der Staatskasse kompensieren konnten. Aber die staatliche Unterstützung für außerparlamentarische Parteien ist klein und nur für diejenigen Parteien, die mindestens 1% der Stimmen bei der letztmaligen Wahl erreicht hatten.

Um die Grünen also wiederzubeleben, mussten verschiedene Probleme angegangen werden. Der Ausgangspunkt war die Kandidatur von Marek

Strandberg bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004, der zum Hauptinitiator der neuen Partei 2006 wurde. Zwar wurde er nicht direkt gewählt (2,3% der Stimmen), doch seine Absicht, die Grünen zu etablieren, wurde öffentlich bekannt, seine Wahlperformance war unaufdringlich und sympathisch: Zumindest erreichte er kostenlose und positive Werbung für seine Person und seine Ideen eines Umweltschutzes mit der Hilfe neuer Technologien. Im Mai 2005 entstand die Initiativgruppe der Grünen als NGO. Die nötige Mitgliederzahl wurde im November 2006 erreicht, und die Partei – jetzt Partei der Grünen Estlands (*Erakond Eestimaa Rohelised*) – hielt ihre Gründungsversammlung am 25. November 2006.

In Wählerbefragungen vor den Märzwahlen 2007 galt die Grüne Partei *schon* als die drittpopulärste Kraft in Estland, ausgezeichnet für eine Partei, die erst wenige Monate vorher gegründet worden war. Im Anschluss an die Wahlen wurde sie zu Koalitionsverhandlungen mit der Reformpartei, mit Pro Patria und den Sozialdemokraten eingeladen, im weiteren Verlauf der Verhandlungen aber wieder ausgeschlossen. Doch die Grünen waren zufrieden mit dem Wahlergebnis und auch mit ihren Vorstellungen, von denen einige in das Regierungsprogramm eingegangen waren.

* * *

4) *Seit 2011.* Erneuter Absturz bei den Wahlen von 2011: Verlust der Parlamentssitze aufgrund schlechter Wahlergebnisse (ca. 3,84%). Gründe? *Grüne Themen werden nicht mehr mit Themen von nationalem Interesse verknüpft.*

Einige Analysen zur Stellung der Grünen nach 2007, basierend auf Datensammlungen zum Wählerverhalten in den Städten, über die Basis der Unterstützung, über Programmdokumente, Artikel und Interviews [dienen als Grundlage]. Zunächst zu soziodemografischen Faktoren grüner Wähler bei den Wahlen von 2003 und 2007: Die Grünen treten für direkte Demokratie und Organisationen der Zivilgesellschaft ein, optieren für eine „*flat leadership*", nicht für einzelne Personen als Leitungsfiguren. Daneben sind die Grünen aber Unterstützer aller wichtigen Punkte kapitalistischer Wirtschaftsführung – die Einführung von Umweltbeschränkungen wird als moderne Möglichkeit gesehen, den Kapitalismus mit humanem Gesicht zu präsentieren. Die Grünen haben keine Anstalten gezeigt, Koalitionen mit anderen Parteien einzugehen, und bezeichnen sich selbst als „konservative Grüne" (waren fast glücklich, einem rechtskonservativen Kabinett beizutreten, auch wenn es sich dann zerschlug). Damit sind die estnischen Grünen den tschechischen Grünen ähnlich, die sich ebenfalls dem rechten Parteispektrum zuordnen.

Es gibt keine Unterstützung von Nicht-Esten für die Grünen. Das dürfte mit dem patriotischen Kurs zusammenhängen, den die Partei gegen Einwanderung während der Ökologiebewegung der 1980er Jahre einschlug. Das hängt aber auch damit zusammen, dass der Partei die Mittel fehlen,

einen zweisprachigen Wahlkampf zu führen, bilinguale Kampagnen zu starten bzw. in das Wählerreservoir der Zentrumspartei einzudringen. Unter Gender-Aspekten gibt es keine signifikanten Auffälligkeiten. Frauen wie Männer unterstützen die Grünen, die Einkommen spielen ebenfalls keine Rolle. In urbanen Gebieten ist die Unterstützung aber höher, die Altersgruppen sind recht gleichmäßig verteilt, wobei man aber betonen muss, dass bei den Wählern unter 34 die Unterstützung am höchsten ist (ca. 12%), bei den 35–66-Jährigen bei ca. 10% und bei denjenigen über 67 auf ca. 5% absinkt.

Die Bildung spielt eine signifikante Rolle bei Grünen-Wählern: ca. 30% haben Universitätsbildung, weitere 40% höhere Schulbildung. Damit sind die Grünen die Partei mit der höchsten Bildungsrate aller estnischen Parteien (ähnlich der Situation in Westeuropa).

Bei der Wählerwanderung wird deutlich, dass die Grünen vor allem von den Moderaten (heute Sozialdemokraten) profitieren (ca. 17%). Auch frühere Wähler von Pro Patria/Isamaa bzw. Res Publica (rechtskonservativ) und Reformpartei (je ca. 5%) wählten 2007 grün. Mehr als 20% der grünen Wähler von 2007 waren Nichtwähler oder Neuwähler.

Die geografische Verteilung grüner Wähler macht deutlich, wie wenig die Grünen in vor allem russischsprachig besiedelten Gebieten Wählerstimmen erhielten, signifikant in Ida-Virumaa (im Nordosten) und Tallinn, verglichen mit den umgebenden Gebieten. Auch in ländlichen Gebieten mit einer hohen Anzahl von Personen in der Landwirtschaft liegt die Unterstützung für die Grünen hinter dem landesweiten Durchschnitt. Drei Bezirke im Norden und Nordwesten des Landes liegen über dem Durchschnitt, was sich mit der Beliebtheit der Kandidaten, aber auch strukturellen Fragen erklären lässt. In den Randgebieten Tallinns leben viele, die über dem Existenzminimum leben und hohe Bildungsraten aufweisen. Marek Strandberg, Valdur Lahtvee und Aleksei Lotman sind überregionale Bekanntheiten und haben ihre persönliche Popularität in Wahlerfolge für die Grünen umsetzen können.

Ein Blick auf die Interessen, Motivationen und Werte der grünen Wähler: Auf einer links-rechts-Skala verorten sich allein die tschechischen und estnischen Grünen als eher rechts, konservativ, während alle anderen Grünen in Europa sich entschieden links einordnen. Dies betrifft auch die Wähler der Grünen in Estland bei den Wahlen 2007: ca. 7% sahen sich links, ca. 20% mitte-links, 35% eher mitte, 30% mitte-rechts und 8% rechts-konservativ.

Der Aufstieg der Grünen in Estland lässt sich erklären als Kombination von Protestwahl und politischem Unternehmertum, um die politische Szene zu betreten. Wirtschaftsinteressen scheinen hinter der Grünen Partei zu stehen: Aus dem Bereich der Windenergie-Turbinenhersteller kamen die großen Wahlspenden vor 2007. Damit agiert die Partei nicht *angesichts von* Herausforderungen der Gegenwart, sondern reagiert auf den Status

Quo. Politische Stagnation, Skandale, Korruption und Nepotismus können Wähler zu neuen Parteien treiben, aber nicht weil sie einen Politikwechsel wollen, sondern weil sie keine Möglichkeit sehen, in den alten Parteien daran zu prosperieren. Neue Parteien können Unterstützung gewinnen, ohne dass sie neue Lösungen anbieten. Wenn das auch für die Grünen der Fall ist, dürfte die Unterstützung bald wieder unter 5% sinken.

Aus dem Parteiprogramm und den Verlautbarungen der Parteiführer lassen sich gemischte Botschaften in Bezug auf Umwelt und Post-Materialismus herauslesen. Zum einen ist die Fortentwicklung der Demokratie Bestandteil des grünen Manifests. Die Einbeziehung von Bürgern und Organisationen der Zivilgesellschaft in den politischen Entscheidungsprozess wird gefordert, auf der anderen Seite vertreten die Grünen strikt konservative Programmpunkte, wenn es um Alkohol, Tabak, weiche Drogen oder homosexuelle Rechte geht: Alkohol- und Tabakwerbung soll verboten werden, die Steuern extrem angehoben werden, weiche Drogen sollen verboten werden und gleichgeschlechtliche Ehe oder Adoptionsrechte für Homosexuelle nicht erlaubt. [Im Parteiprogramm von 2006 heißt es:] „Homosexual relationship will not be regulated by the state. It is a private matter and such relationship will not be considered a marriage and consequently no rights for adoption will be granted to such cohabiting people."

Grüne Wähler sind ethnische Esten, gebildeter und städtischer als Durchschnittswähler. Was waren die Motivationen zur Wahl 2007? Ein Großteil der Wähler wollte eine Partei wählen, nicht die Führung des Landes (anders als bei allen anderen Parteien). Eine ähnliche Entwicklung hatte Res Publica 2003 durchgemacht: Von Null auf ein Viertel der Wählerstimmen mit einer Wählerschaft, die vor allem die Partei wählte, um einen Wechsel herbeizuführen, nicht eine Person (Juhan Parts).

Bei den politischen Problemen der Gegenwart sind verschiedene Punkte augenfällig, die sich von den Anhängern anderer Parteien unterscheiden. Einige Punkte waren für die Grünen nicht so erstrebenswert wie für andere Wähler: Wirtschaftliche Sicherheit für sich und die Familie, Arbeitsplatzsicherheit und gerechte Löhne, effizientes und gutes Gesundheitswesen, gute Bildung oder nationale Sicherheit. Andere waren sehr viel ausgeprägter vorhanden: Erhaltung der nationalen Identität und Kultur oder Unabhängigkeit und Sicherheit, v.a. demokratische Recht und Freiheiten, Mitwirkung am Entscheidungsprozess bzw. Gelegenheit zur Selbsterfüllung und Karriere oder Stärkung der sozialen Solidarität. Auch hier zeigt sich die Stärke konservativer Werte bei den grünen Wählern: „In Western Europe, Greens coalesce in opposition to capitalist systems, while Greens in Eastern Europe emerged as opposition forces to communist systems"* (dies erinnert an den östlichen Teil der deutschen Grünen nach 1991).

* Allan Sikk, Rune Holmgaard Andersen: Without a Tinge of Red: The Fall and Rise of Estonian Greens, in: Journal of Baltic Studies 40 (2009), S. 349-373, hier S. 367.

Eigene Interessen der Wähler sind bei den estnischen Grünen nicht signifikant anders als bei anderen Parteiwählern, obwohl zu erwarten wäre, dass Graswurzelaktivisten und NGO-Unterstützer hier größere Aktivitäten aufweisen würden. Die grünen Wähler scheinen – trotz der großen Worte in den Wahlprogrammen über den Ausbau der Rolle der Zivilgesellschaft – weniger enthusiastisch und weniger bereit, lokale Probleme zu beseitigen. Allein beim Konsumenten-Bewusstsein sind die Grünen signifikant anders als andere Wählerschichten.

Es scheint 2007 leichter gewesen sein zu bestimmen, was die Estnische Grüne Partei nicht ist, als zu bestimmen, was sie ist. Das hat mit der Neuheit der Partei zu tun. Obwohl Umweltprobleme auch hier eine Rolle zu spielen scheinen, sind sie nicht im Wahlprogramm verankert. Die estnischen Grünen akzeptieren Kapitalismus und freies Unternehmertum und möchten Probleme lieber auf nationaler als globaler Ebene lösen.

Das Bewusstsein für ökologische Probleme ist in Estland nach dem EU-Beitritt 2004 gewachsen. Aber es ist *nicht* zu erkennen, ob sich damit wirklich bereits eine soziale Veränderung und eine Verschiebung im Parteispektrum des Landes ergeben haben. Gerade das Fehlen von Minoritätenfragen, von Genderproblemen und internationaler Politik im Grünen-Programm zeigt die fehlende Zukunftsperspektive der Partei. Die historische Entwicklung erklärt, warum die estnischen Grünen mitterechts im politischen Spektrum stehen. Das sozialistische Experiment, das von fast allen abgelehnt wird, hatte ökologische Katastrophen zur Folge, der Übergang zur Marktwirtschaft hingegen hat umweltpolitische Verbesserungen erbracht. Die Sowjetära war eine Periode der Großindustrie und landwirtschaftlicher Massenproduktion sowie von Armeebasen, die keine Rücksicht auf Umweltfragen nahmen. Obwohl die Erinnerung an die Sowjetzeit gerade bei der jungen Generation allmählich schwindet, sind die Folgen der Zerstörung immer noch sichtbar. Interessanterweise ist der Übergang zum Kapitalismus in Estland verbunden mit einer Verbesserung der Umweltproblematik, Großindustrie wurde beseitigt, Umweltstandards wurden eingeführt, in der Landwirtschaft wurde zur mittelständischen Produktion übergegangen, die mineralischen Dünger zurückgedrängt. Und in die Zukunft gesprochen, scheint das Parteiprogramm, scheint die Parteiführung mehr die technologischen Innovationen zu favorisieren als post-materielle Ideen zu vertreten, die das wirtschaftliche Wachstums nachhaltiger machen könnten. „The Estonian Greens try to take a less confrontational stance and believe that ultra-modernism offers a positive-sum solution that makes both consumers and the environment better off."*

Dass die Partei mit dieser Überzeugung gescheitert ist, zeigte das Wahlergebnis von 2011. Nur noch 3,84% der Wähler konnten überzeugt werden, der Grünen Partei ihre Stimme zu geben. *Das Problem der Grünen war die Orientierungslosigkeit und Unklarheit ihrer Politik und Parteiführung.* Und

* Ebenda, S. 369.

die nationalpolitischen Diskussionen der Jahre vor und nach 2011 zeigen, dass ökologische Themen in Estland derzeit keine Chance haben, in parteipolitische Erfolge umgesetzt zu werden. Es sind Fragen der nationalen Geschichte und der subjektiv wahrgenommenen Bedrohung der wiedererstarkten Großmacht im Osten, die die Menschen beschäftigen, und nicht die Abraumhalden in Nordostestland oder die radioaktiv verseuchten Böden an der Küste bei Narva oder Paldiski. Die Diskussionen um den Bronzenen Soldaten in Tallinn und die damit zusammenhängenden Unruhen, Fragen der Wertigkeit des Freiheitsdenkmals am Tallinner Domberg oder Denkmäler zur Erinnerung an die Beteiligung estnischer SS-Soldaten an den Verbrechen der deutschen Wehrmacht [und] Auseinandersetzungen über die Freiheitskämpfe der Esten seit dem 13. Jahrhundert bestimmen die Tagespolitik des Landes. Die Grünen werden, solange sie *weiter* wertkonservative Vorstellungen vertreten, keine Chance haben, ein politisch gewichtiges Wort in der Zukunft Estlands mitzureden.